

Klarheit ist lebenswichtig

Wir haben die Absicht, im Juliheft an dieser Stelle die wichtigsten Zeitschriftenaufsätze zur Atomwarnung der Göttinger Achtzehn und Albert Schweitzers zu besprechen. Für heute sei nur auf eine beachtenswerte Schlußfolgerung hingewiesen, die *Dr. Wilhelm Wolfgang Schütz* in der Zeitschrift *Außenpolitik* zieht, indem er an der Spitze des Maiheftes die Forderung erhebt, im atomaren Zeitalter müsse der Wissenschaft verfassungsmäßig die Möglichkeit gegeben werden, zu jeder staatlich-politischen Entscheidung ihre Meinung kundzutun. Um das zu sichern, fordert Schütz die Schaffung eines deutschen Wissenschaftsrates. Wir werden auf diese Forderung, die gewiß ein lebhaftes Für und Wider auslösen wird, noch zurückkommen. Eine Stelle aus dem wichtigen Aufsatz von Schütz sei indessen heute zitiert: „Was durch diese Kontroverse in der deutschen Öffentlichkeit gezeigt und durch die Klarstellung der Göttinger Aditzehn erhärtet wird, das ist die Notwendigkeit, die Tatsachen auch auf wissenschaftlichem Gebiet zu sehen, wie sie sind. Solche Klarheit bleibt eine Lebensnotwendigkeit, wenn Staat und Volk in Deutschland nicht im luftleeren Raum oder in romantischen Reminiszenzen Politik betreiben wollen. Für ein kleingewordenes Land wie Deutschland könnte schon die Unterscheidung zwischen taktischen und strategischen Atomwaffen illusorisch werden, wenn nämlich der Einsatz von Hunderten von taktischen Atombomben und Granaten die totale Vernichtung für Volk und Land bedeuten würde.“

In einer Zeit, in der Zeitschriften wie *Die Bundeswehr*, *Wehr und Wirtschaft* u. a. mit der Behauptung, „taktische Atomwaffen“ seien nur dazu bestimmt, „die gegenüberliegenden oder angreifenden Feindverbände“ zu bekämpfen, um die Vernebelung der Gehirne bemüht sind, ist solche Klarstellung in der Tat eine Lebensnotwendigkeit!

Atomare Entwicklungsprobleme

Ober die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aspekte der künftigen Entwicklung der friedlichen Verwendung der Atomenergie sind in letzter Zeit einige interessante Aufsätze erschienen, auf die wir unsere Leser hinweisen möchten. Vor allem hat *Prof. Dr. Fritz Baade*, Direktor des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel und Mitglied des Bundestags, im April- und Maiheft der Zeitschrift *Außenpolitik* außerordentlich gedankenreiche Untersuchungen veröffentlicht. Die erste steht unter dem Titel „Weltbevölkerung und Weltenergiewirtschaft“ und bringt eine gewissenhafte Ab-

schätzung der wahrscheinlichen Steigerung des Energieverbrauchs in Westeuropa und im Weltmaßstab bis zum Jahre 2000, im Verhältnis zum ständigen Wachstum der Erdbevölkerung und zur Steigerung des Sozialprodukts.

Der zweite Aufsatz von Baade untersucht dann zunächst, welche Leistungen noch aus den klassischen Energieträgern (Kohle, Erdöl, Erdgas, Wasserkraft) herausgeholt werden können, um damit einen Ausgangspunkt für die richtige Einordnung der Atomenergie in die künftige Energieversorgung der Menschheit zu gewinnen. Angesichts des in den nächsten Jahrzehnten sich vergrößernden Energiedefizits müssen laut Baade die Mittel für die Atomforschung und die Vorbereitungen der praktischen Anwendung der Atomenergie verstärkt werden, wobei allerdings „keinerlei Grund für Übereilung vorliegt“. Baade beweist dann im einzelnen, daß noch viel Forschungsarbeit zu leisten bleibt: „Die in den letzten Monaten in Deutschland geführte Atomkraftdiskussion kann bei dem Laien den Eindruck erwecken, als ob die Energiegewinnung durch Kernspaltung bereits eine technisch und wirtschaftlich reife Methode wäre. Davon kann leider gar keine Rede sein.“ Baade rechnet also mit längeren Zeiträumen der Entwicklung: „Für die nächsten Jahrzehnte haben wir von der Atomenergie nicht eine Bereicherung unserer Versorgung mit Energie zu erwarten, sondern das, was auf lange Sicht betrachtet noch wichtiger ist, eine Erweiterung unseres Wissens. Wenn wir von diesem erweiterten Wissen dann einige Jahrzehnte später den richtigen Gebrauch machen, wird sich eine um so größere Verbesserung unserer Energieversorgung ergeben, je mehr Geduld und langfristige Planung wir in die Forschung gesteckt haben . . . Für den morgigen Tag, für das kommende Jahrtausend und seine Energieversorgung brauchen wir uns nicht zu sorgen. Wenn wir die Jahrzehnte bis zur Jahrtausendwende richtig nutzen, wird jeder nur denkbaren Zahl von Menschen auf jedem nur denkbaren Wohlstandsniveau eine reichliche Versorgung mit Energie aus den Erkenntnissen zur Verfügung stehen, die die Atomforschung bis dahin gebracht haben wird.“

In diesem Zusammenhang interessiert die Frage, welche Uraniummengen der Welt eigentlich zur Verfügung stehen. Einen wertvollen Beitrag zu diesem Thema veröffentlicht *Der Monat* (103) aus der Feder von *Charles F. Davidson*, Professor der Geologie in St. Andrews und Mitentdecker verschiedener Uranvorkommen. Aus seinem Aufsatz erfahren wir im einzelnen, welche Uranreserven der westlichen Welt zur Verfügung stehen und wo sie sich befinden, nämlich in Südafrika, Kanada, Belgisch-Kongo und, in kleinerem Ausmaß, in den USA. Der Verfasser rechnet damit, daß sich um 1965 herum die Kosten der bestehenden Förderungsanlagen amortisiert haben dürften, so daß von diesem Zeitpunkt an mit einem

Sinken der Uranpreise gerechnet werden könne: „Eines Tages wird die Produktion auch dieses Erzes sich dem Gesetz von Angebot und Nachfrage beugen, dem heute schon alle anderen Mineralien unterliegen.“ „

Die östliche Welt hat demgegenüber eines ihrer wichtigsten Urangebiete in *Ungarn*. Auf diese wirtschaftlich und politisch gleich interessante Tatsache verweist ein sachkundiger Beitrag in Heft 3 der Zeitschrift *Osteuropa* (Stuttgart). Der Verfasser, *Prof. Dr. Janos Stomfay-Stitz*, kommt zu folgender Schlußbemerkung: „Die Erschließung der Uranerzfelder in Südungarn ist nicht nur für Ungarn selbst von großer Bedeutung, sie ist auch für die künftige Entwicklung der ungarischen Position im Donaauraum bedeutsam. Da das Vorkommen so reich ist, muß angenommen werden, daß die Sowjetunion alles versuchen wird, um es in der Hand zu behalten.“

In diesem Zusammenhang sei noch darauf hingewiesen, daß die in München vom Free Europe Committee herausgegebene Zeitschrift *Hinter dem Eisernen Vorhang* in ihrer Nr. 4 eine sehr detaillierte, mit vielen Statistiken belegte Übersicht über die Entwicklung der Kohlenförderung und der Energiewirtschaft in Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und den baltischen Staaten veröffentlicht.

Kein Mangel an Ideen

„Oft wird bei uns die Klage laut, der Westen habe keine Idee. Ins Aktuell-Politische gewendet, verbirgt sich dahinter die bange Frage: Was haben wir dem Bolschewismus geistig entgegenzusetzen? Nun, an Ideen ist im Westen kein Mangel.“ Mit diesen Worten eröffnet die Zeitschrift *Offene Welt* (Frankfurt) ihre Nr. 48, die sie unter das Motto „*Leitbilder*“ gestellt hat, um einen Überblick über die wichtigsten aus dem 19. Jahrhundert hineinwirkenden Gesellschaftskonzeptionen zu geben. Im einzelnen bringt das Heft Studien über das neolibérale Programm (*Alexander Rüstow*), über die Grundlagen der katholischen und der evangelischen Soziallehre (*Franz Klüber* und *Heinz-Dietrich Wendland*), über „Karl Marx heute“ (*Walter Fabian*), einen weiteren Aufsatz „Was wollen die freiheitlichen Sozialisten?“ (*Gerhard Weisser*) und zur Abrundung Artikel über die gesellschaftliche Entwicklung in China, Indien und Polen. Recht interessant ist der Hinweis des Herausgebers, *Dr. Gernot Gather*, daß die geschichtsmächtigen geistigen Strömungen der Gegenwart — der soziale Liberalismus, der freiheitliche Sozialismus und das Christentum — sich im Ziel der erfüllten menschlichen Freiheit treffen.

Nein, an gesellschaftswissenschaftlichen Ideen herrschte im Deutschland des 19. Jahrhunderts kein Mangel — um so mehr hingegen an

demokratischen Taten. Ein Höhepunkt der nach der Enttäuschung über das Ergebnis der „Freiheitskriege“ einsetzenden Freiheitsbewegungen war das Hambacher Fest von 1832, dessen 125. Jahrestag die Wochenzeitung *Das Parlament* ihre Beilage „Aus Politik und Zeitgeschehen“ vom 15. Mai widmet. Der Historiker *Prof. Paul Wentzke* (Universität Frankfurt) veröffentlicht dort eine größere Arbeit über „Der Deutschen Mai 1832“, in der er Voraussetzungen, Verlauf und Folgen des Hambacher Festes darstellt. Er schließt mit dem Satz: „Auf den Grundlagen des Liberalismus bildeten Demokratie und Sozialismus neue Schößlinge.“ Auch hier wird also der gemeinsame Kern von Liberalismus-Demokratie-Sozialismus konstatiert.

Einen nützlichen Führer durch die Fülle der Neuerscheinungen der politischen Literatur des In- und Auslandes stellt die Zeitschrift *Neue politische Literatur* dar (Ring-Verlag, Stuttgart und Düsseldorf). Jedes Heft bringt mehrere Sammelreferate über eine Reihe von Neuerscheinungen zu einem aktuellen Thema und anschließend Einzelbesprechungen über wichtige neue politische Bücher. Von den Themen der letzten Hefte seien genannt: Umstrittener Marx — Sowjetunion mit und ohne Stacheldraht — Ober das Recht zum Widerstand — Zur Geschichte des Dritten Reiches — Der deutsche Rundfunk und die Politik — Von der Bürde und vom Geist Amerikas — Soziale Wirklichkeit im Lichte neuer deutscher Forschungen.

Wiedervereinigung und Sowjetzone

Durch die programmatische Stellungnahme des DGB ist die Frage der deutschen *Wiedervereinigung* erneut in den Mittelpunkt fruchtbarer Diskussion (und hoffentlich nicht nur Diskussion) gerückt worden. In diesem Zusammenhang ist nichts wichtiger als eine möglichst realistische Analyse und Beurteilung der Situation und der Stimmung in der Sowjetzone. Zu diesem Thema liefert *Der Monat* (103) einen sehr lesenswerten Beitrag von *Fritz R. Allemann*, der seit Jahren als Korrespondent Schweizer Blätter in der Bundesrepublik lebt und häufig Gelegenheit hat, nach Ostdeutschland zu kommen; als Schweizer hat er genügend kritische Distanz zu den Dingen, durch seine Arbeit ist er andererseits den Problemen genügend nahe.

In seinem neuesten Aufsatz konstatiert er zunächst die Wandlung, die im letzten halben Jahr eingetreten ist: „Vor sechs Monaten schien alles einfach, klar, durchsichtig. Allenthalben spürte man die Bewegung, die Zeichen der Auflehnung gegen starre und wirklichkeitsfremde Dogmen, das wachsende Selbstbewußtsein des Volkes und das schwindende des Systems, das dieses Volk zu vertreten vorgab. Der aufgeweckten Kritikklust der Masse ent-

sprach die aufgelöste ideologische Härte der Funktionäre . . . Heute ist die Zone wieder unter die Glaslocke der kommunistischen Reaktion zurückgekehrt. Aber es ist nun keineswegs so, daß man einfach das Bild vom vergangenen Herbst umzukehren brauchte, um die heutige Lage zu charakterisieren. Gerade darin scheint mir vielmehr das Bezeichnende zu liegen, daß keine solche handliche Formel sich anbieten will. Auch die der ‚Restalinisierung‘ reicht dazu nicht aus, so viele Erscheinungen in solche Richtung weisen.“

Allemann versucht, die heutige Situation zu erklären: „Man ist auf der einen Seite vorsichtiger geworden, gewiß; das Schicksal Wolfgang Harichs und seiner Freunde schreckt. Aber es steckt doch vielleicht hinter dieser auffälligen Vereisung der Atmosphäre mehr und Ernsthafteres. Mancher, der gewiß im Innersten nichts gegen Auflockerung von Doktrin und Staatszwang einzuwenden hätte, schreckt vor den Folgen zurück — nicht nur den persönlichen, sondern auch den politischen, nicht nur für sich, sondern auch für die Sache, der er sich nach wie vor verbunden fühlt. Man möchte gern eine Reform des kommunistischen Systems, aber die stalinistischen Reaktionäre haben offenbar manche der antistalinistischen Reformer davon zu überzeugen vermocht, daß das der Anfang vom Ende wäre und daß man die einmal ins Rollen geratene Lawine nicht mehr aufhalten, geschweige denn ihren Lauf lenken und kontrollieren könnte.“

Nach dieser Feststellung, die zweifellos unsere ernste Aufmerksamkeit verdient, beschreibt Allemann „die eigentümliche Inkonsistenz, die für die gegenwärtige Lage in der Zone charakteristisch ist: Die Kleinlichkeit in der Theorie wurde durch eine gewisse Großzügigkeit in der Praxis aufgehoben. Man bewilligt nichts, und man toleriert allerhand. Der Funktionär hat Angst, irgendeine Verantwortung zu übernehmen: Er sagt darum lieber grundsätzlich nein, wenn er um etwas gebeten wird, aber er wagt es aus demselben Grunde nicht, einzuschreiten, wenn etwas geschieht, ohne daß man ihn fragt.“

Sehr interessant ist dann das Urteil eines politisch konservativen Mannes aus dem Magdeburger Industriegebiet, das Allemann zitiert: „Vom Bürgertum ist nichts mehr zu erwarten: es läßt sich langsam abwürgen, ohne mit der Wimper zu zucken. Die einzige soziale Gruppe, die wirklich resolut und aktiv antikommunistisch reagiert, ist und bleibt die Arbeiterschaft.“ Der gleiche konservative Gewährsmann betonte, „daß auch im Falle einer Wiedervereinigung nicht nur die Bodenreform selbstverständlich niemals angetastet werden dürfe, sondern daß auch nur der kleinere Teil der Industrie in privaten Besitz zurückgeführt werden könne.“ Und Allemann fügt hinzu:

„Das ist nicht nur die Ansicht eines einzelnen. Mehr als je zuvor ist mir diesmal aufgefallen,

wie tief sozialistische Vorstellungen in der Bevölkerung der Zone Fuß gefaßt haben. Man träumt von einem andern, einem freieren, demokratischen, nicht von der Partei gegängelten Sozialismus; man ist antikommunistisch bis ins Mark — aber von der Vorstellung einer einfachen Rückkehr in die Vergangenheit wollen gerade die aktivsten Kräfte des Widerstandes nichts wissen. Das gilt, mehr noch als für alle anderen Kreise, für die junge Generation. Rund 80 vH der Studenten, meinte ein Professor, der durch seinen engen Kontakt mit der akademischen Jugend bekannt ist, seien oppositionell eingestellt, aber die große Mehrheit von ihnen halte, genau wie die Arbeiterschaft, an sozialistischen Auffassungen‘ fest, auch wenn sie keine genauen Vorstellungen davon hätten, wie dieser Sozialismus, der ihnen vorschwebt, eigentlich aussehen müßte.“ Solche Thesen kann man, sagt Allemann, bemerkenswerterweise auch bei Leuten finden, die aus außenpolitischen Gründen im allgemeinen auf Adenauer schwören.

Schließlich gibt Allemann noch einen sehr wichtigen Hinweis, wenn er unterstreicht, daß das „Wirtschaftswunder“ allein je länger desto weniger die Anziehungskraft der Bundesrepublik für Menschen garantiere, die gelernt hätten, in anderen Kategorien zu denken: „Der Mythos vom ‚goldenen Westen‘ scheint im Verblässen.“ Gerade die junge Intelligenz sehne sich in ihrem dunkeln Drange mehr nach einem „gereinigten, menschlichen, idealen“ Sozialismus und interessiere sich deshalb stark für die Entwicklung in Polen; man klammere sich vielfach an die Hoffnung an einen „eigenen Weg zum Sozialismus“.

Ergänzend sei noch auf folgende Veröffentlichungen zur Frage der Wiedervereinigung hingewiesen: *Bernhard Tacke* vom Bundesvorstand des DGB schreibt über „Gewerkschaften und Wiedervereinigung“ (*Außenpolitik*, April); in seinen wertvollen Ausführungen betont er u. a., „daß wir uns gegen einen alles erfassenden Reprivatisierungsturm wenden müssen und nicht zulassen können, daß über diese Methode an der Wiedervereinigung verdient wird“. Im Maiheft von *Außenpolitik* schreibt *Otto Heinrich v. d. Gablentz* von der Deutschen Hochschule für Politik (Berlin) über „Die kulturelle Einheit Deutschlands“; seine Ausführungen, die durch freimütige Selbstkritik der Mängel des Westens angenehm auffallen, schließen mit der Mahnung: „Je länger es aber dauert, um so dringender ist die Aufgabe: Immer daran denken, immer davon reden, jede Gelegenheit benutzen, einander zu besuchen und zusprechen, damit nicht nur das Erbe gemeinsam bleibt, sondern auch die weitere Gestaltung der deutschen Kultur im Rahmen der europäischen im Dienste der Menschheit.“ — Im *Europaarchiv* (7) behandelt *Dr. Helmut Rumpf* „Aktuelle Rechtsfragen der Wiedervereinigung Deutschlands“. *Dr. Walter Fabian*